ERICH MEYERFELD
BERLIN
EHRENSTR. 53-56
GRUNDSTÜCKE

Nummer 123

Mit Kurszettel **Berliner** Mit Kurszettel

Börsen-Zeitung

Strickwolle u. Garne en gros
GEBR. BARENHOLZ-NORDHAUSEN
FILIALE: BERLIN, WEINMEISTER 10/14

Abendausgabe · Preis 300 Mk. 68. Jahrgang Mittwoch, 14. März 1923

Vorstoß der englischen Opposition.

Für Intervention.

London, 14. März.

Im Laufe der gestrigen Unterhausdebatte über die Ruhrbesetzung ergriff nach dem Liberalen Sir John Simon das Arbeiterministerium Morel das Wort. Er erklärte, die ganze Stärke und der ganze Einfluß der britischen Diplomatie müßten angewandt werden, um ein möglichst enges Zusammenwirken mit den Vereinigten Staaten herzustellen zur Vereinbarung einer Konferenz, auf der die gesamte politische Regelung und die Stärkung des Völkerbundes beraten werden müßten.

Der unionistische Lord Percy führte aus, er glaube nicht, daß die britische Regierung die Unterstützung der Vereinigten Staaten bei einer Intervention erhalten würde. England müsse daher die Führung allein übernehmen und die Angelegenheit in die Hände des Völkerbundes legen.

Das unabhängige Mitglied Mosley erklärte, jedermann, der die französische Presse sorgfältig lese, die die Ziele und die Politik des Quai d'Orsay wiederspiegele, werde zu dem Schluß gelangen, daß die Politik Frankreichs nicht auf Reparationen, sondern auf Annexionen ausgehe. Mosley trat für Intervention durch einen sofortigen Appell an die Völkerbundversammlung ein sowie für die Mobilisierung der gesamten moralischen Kräfte der Menschheit. Wenn die moralischen Kräfte Englands nicht durchdringen sollten, so habe es noch seine wirtschaftliche und finanzielle Macht in die Wagschale zu werfen. Weshalb solle England nicht allein oder gemeinsam mit Amerika seine großen wirtschaftlichen und finanziellen Hilfsquellen dazu benutzen, **den unruhigen Elementen in der Welt den erstrebten Frieden aufzuzwingen?**

Der konservative Abgeordnete Robert Gretton gab der Ansicht Ausdruck, daß Deutschland in eine Phase entrinne, wo jeder passive Widerstand unmöglich sein werde und daß ihm keine andere Alternative bleibe, als Unterwerfung. Dem Konservativen Grey ist es unverständlich, weshalb England sich das Recht anmaße, Frankreich seine Haltung vorschreiben zu wollen, besonders, wenn dieses Land mit seinen Alliierten Belgien und Italien einig sei. Wenn England an der Ruhr mit Frankreich alliiert wäre, so wäre keine der Schwierigkeiten, vor denen man heute stehe, aufgetaucht. Zum Schluß sprach Asquith. Er unterstrich besonders die Tatsache, daß seit der letzten Ruhrdebatte die Lage in diesem Gebiet eine bedeutsame Aenderung erfahren habe. Das Unterhaus lege sich Rechenschaft darüber ab, daß **die Operation an der Ruhr eine ungeheure Ausdehnung erfahren** habe. Es sei kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Franzosen nicht ihren Vorstoß bis München oder sogar bis nach Berlin unternehmen werden. Das Unterhaus hat ein Recht zu wissen, ob der Standpunkt, den die englische Regierung sich zur Pflicht macht, sich nicht ebenfalls geändert hat. „Ich weiß nicht, sagte Asquith, welche Motive die französische Regierung zur Besetzung der Ruhr geleitet haben. Frankreich gibt an, daß 2 Ziele es geleitet haben, nämlich die Frage der Sicherheit und der Reparationen. Ohne Frankreich beleidigen zu wollen, glaube ich aufrichtig, daß der Völkerbund imstande ist, einen Garantievertrag auszuarbeiten, der allen Alliierten Sicherheit gewährt und somit auch Frankreich die notwendige Sicherheit gibt, auf der es so sehr besteht, um gegen Gefahren geschützt zu sein, die nicht nur in der Einbildung liegen. Wenn ich Franzose wäre, so würde ich diese Gefahr als sehr wirklich ansehen."

Unterstaatssekretär Mac Neill erklärte, wenn die Regierung sich auch des furchtbaren Ernstes der Lage voll bewußt sei und anerkenne, daß die Schwierigkeiten bis zu einem gewissen Grade noch zugenommen hätten, so sei sie doch ebenso ängstlich wie bisher darauf bedacht, die Freundschaft mit Frankreich, wenn möglich, aufrechtzuerhalten, und sie wünsche **einen endgültigen Bruch, wenn irgend möglich, zu vermeiden.** Die Regierung sei jetzt noch in derselben Lage wie zu der Zeit, als Bonar Law seine letzte Erklärung abgegeben habe.

Der Antrag Simon, als Protest gegen die Regierungspolitik des passiven Abwartens die Herabsetzung der Ausgaben für das Auswärtige Amt zu fordern, wurde mit 249 gegen 201 Stimmen abgelehnt.

*

Der Antrag des Liberalen Simon hatte in diesem Augenblick natürlich noch keine Aussicht auf Annahme; er war lediglich als Demonstration und als Heerschau der Opposition gedacht. Was das letztere anbetrifft, so dürfte der liberale Vorstoß gegen den „abwartenden" Bonar Law seinen Zweck erreicht haben: bei der letzten, im Februar stattgefundenen Unterhausabstimmung über Englands Haltung zur Ruhraktion ergab sich für die Regierung noch eine Mehrheit von über 100 Stimmen, diesmal sind es nur noch 48! Die Liberalen und die Labour Party haben geschlossen gegen Bonar Law gestimmt, viele Konservative haben sich, dem „Daily Herald" zufolge, der Stimme enthalten. Aendert sich die Haltung der englischen Regierung nicht, so kann schon der nächste Vorstoß der Opposition zur Katastrophe führen.

Die Tagung der deutschen Arbeitgeber.

Ruhreinfall und Arbeitgeberschaft.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die Spitzenorganisation der deutschen Arbeitgeberschaft, hielt heute in Berlin im ehemaligen Preußischen Herrenhause ihre diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung ab, zu der aus allen Teilen des Deutschen Reiches, insbesondere auch aus dem Ruhrgebiet und dem Rheinland, Delegierte in großer Zahl erschienen waren, sodaß der große Sitzungssaal und die Tribünen überfüllt waren. Nachdem die Vereinigung bereits vor einiger Zeit in einem von ihrem Vorstande herausgegebenen Aufruf zu den durch den französischen Rechtsbruch an Rhein und Ruhr entstandenen Fragen Stellung genommen hatte, wurde auch in der heutigen Tagung dem einmütigen Willen der deutschen Arbeitgeberschaft, den Kampf bis zum erfolgreichen Ende durchzukämpfen, in überaus eindrucksvoller Weise Ausdruck gegeben. Eine Kundgebung der Einheit in sich, der Einheit mit Arbeitern und Angestellten und eine Kundgebung der Uebereinstimmung mit der von der Reichsregierung innegehaltenen Politik war der große und weithin sichtbare Zweck dieser Veranstaltung. Der Reichskanzler, der mit einer größeren Anzahl von Ministern und Staatssekretären erschienen war, hatte sich in letzter Stunde entschlossen, nicht das Wort zu ergreifen, obwohl man gerade gehofft hatte, in der Frage der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung vor diesem Gremium von Wirtschaftspraktikern und Führern des deutschen Wirtschaftslebens aus Anlaß einer so eindrucksvollen wirtschaftspolitischen Kundgebung über die Probleme eine unzweideutige Auslassung zu erhalten, die alle Kreise der Wirtschaft aufrecht bewegen und einen Teil auch beruhigen, weil man deutlich die divergierenden Faktoren erkennt, die in der Gestaltung der Preis- und Lohnverhältnisse wirksam sind und die auch einen nachhaltigen Erfolg der in unser Wirtschaftsleben tief eingreifenden Devisenpolitik in Frage stellen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß gewisse Unstimmigkeiten in diesen Fragen innerhalb der in Betracht kommenden behördlichen Instanzen die Regierung von einer Erklärung über die von ihr geübte Politik, auch selbst in großen Richtlinien haben Abstand nehmen lassen. Es scheint aber auch nicht ganz unwahrscheinlich daß man die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nicht als das geeignete Podium für eine derartige Kundgebung (aus politischen Rücksichten) ansehen wollte. Schließlich scheint hierbei auch die zwischen dem Reichsverband der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Arbeitgeber vorgenommene Abgrenzung des Wirkungskreises eine Rolle gespielt zu haben. Alle diese Faktoren sind zu bedauern, denn ein geeigneteres Gremium für eine weithin wirkende und mancherlei Irrtümer und Bedenken aufklärende Regierungserklärung, als die heutige Versammlung der Deutschen Arbeitgeber hätte man kaum finden können.

Im Namen der Reichsregierung sprach **Arbeitsminister Dr. Braun**, der betonte, daß die in den letzten Jahren geübte Sozialpolitik sich in diesen schweren Schicksalstagen für das Volk bewährt habe. Der Minister schloß mit einem mit starkem Beifall aufgenommenen Appell an das nationale Bewußtsein und die Aufrechterhaltung der Einheitsfront.

Daß die Ausführungen der Industriellen aus dem schwer leidenden Ruhrgebiet das besondere Interesse begegneten, ist nur zu natürlich. Besonders die Rede des alten Industriekapitäns Kirdorf fand in der Versammlung einen starken Widerhall. **Im** einzelnen ist über die Veranstaltung folgendes zu berichten:

Anwesend waren u. a.: Reichskanzler Dr. Cuno, Reichsverkehrsminister Gröner, Reichswirtschaftsminister Dr. Becker, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Staatssekretär Hamm, Staatssekretär Bruggen, Staatssekretär Gleich, Ministerialdirektor Brecht, Ministerialrat Dr. Frielinghaus, Ministerialrat Hellbach, Geheimrat Stutz, Ministerialrat Dr. Hüttenheim, Ministerialdirektor Heilbronn, Dr. v. Borsig, C. F. v. Siemens, Exzellenz v. Löbell, Oberregierungsrat Dr. Sinzel, Generaldirektor Ten Hompel, Kommerzienrat Vogel, Staatsminister a. D. Wallraff, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, Prof. Schumacher, Prof. Hornsteffer, Dr. Gugenheimer, M. d. L. Dr. Nalle, Kommerzienrat v. Langen, Geheimrat Strecker, Exzellenz Kaufmann, Oberbürgermeister Schmidt-Düsseldorf, Graf Adelmann, Generaldirektor Fischbein, Dr. Springerum, Geh. Rat Hugenberg, Rudolf Blohm, Generaldirektor Dr. Vögler, Bergwerksdirektor Brandi, Staatsminister a. D. Dergt, M. d. R., Kommerzienrat Louis Hagen, Geh. Rat Dr. Bücher, Dr. Stresemann, M. d. R., Generaldirektor Staehler, Graf Stolberg, M. d. L.

Reichstagsabgeordneter Dr. Sorge

eröffnete die Versammlung mit begrüßenden Worten und hieß besonders den Reichskanzler und den Arbeitsminister herzlich willkommen. Ebenso gedachte er der tatkräftigen Mitarbeit der Presse bei dem deutschen Abwehrkampf im Westen. Er hob hervor, daß die Aufgabe der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände stets rein sachliche Arbeit gewesen sei zur Lösung sozialpolitischer Aufgaben. Seit dem räuberischen Einfall der Feinde in das Ruhrgebiet muß die gesamte Tätigkeit der Vereinigung vorherrschend auf dem Gebiete der politisch-nationalen Ziele liegen. Alles, was wir nun und denken, so hob der Redner hervor, muß geleitet sein von rein vaterländischen Gesichtspunkten, gerichtet sein auf das Ziel, Deutschlands Fortbestand zu sichern und die feindlichen Angriffe zurückzuweisen, welche die wirtschaftliche und politische Vernichtung Deutschlands anstreben. (Beifall.) An sich jedes gerechtlichen Grundes entbehrend, ist der Einfall in das Ruhrgebiet mit einer Brutalität erfolgt, die sich von Tag zu Tag steigert, und die selbst die schweren wirtschaftlichen Schäden, die wir erleiden müssen, vollkommen zurücktreten läßt gegenüber dem Gefühl der Empörung über die sadistisch grausame Form des Vorgehens der Feinde, die noch tief unter den Gepflogenheiten des frühesten und rohesten Mittelalters steht. Der Redner spricht der Bevölkerung Rheinlands und Westfalens den Dank aus für den heroischen Mut und die Vaterlandsliebe, mit der sie gegenüber der Brutalität der Feinde einen bewundernswerten Widerstand leisten. Im Jahre 1809 in ähnlicher Zeit der Bedrückung stellt Freiherr v. Stein den Satz auf, daß die Bedrückung das Gegenteil ihres Zieles erreichen werde; sie stähle die Seele! Dieses Wort trifft auch heute noch zu. Was das Rheinland heute an zähem Widerstand leistet, ist doppelt bewundernswert, da er ein waffenloser sein muß. Mit ganz besonderem Stolz erfüllt die Männer der Industrie, daß an der Spitze dieses Abwehrkampfes führende Männer der Wirtschaft stehen und hinter ihnen einmütig die Arbeiter ihrer Betriebe und Werke. Sie hatten den Anprall des Feindes auszuhalten. Die ruhige und feste Haltung der Arbeiter und Angestellten beweist ihre Zustimmung zu dem Verhalten der Werksleiter. Sie würde damit **ein Vorbild für das gesamte Volk.** Hinter diesem Gedanken des einmütigen Widerstandes müssen alle Gegensätze zurücktreten, bis wir wieder Herr im eigenen Hause sind. **Vaterlandsverrat bedeutet jeder Versuch, die Klassengegensätze jetzt zu stärken.** Dieses Ziel haben die Arbeitgeberverbände stets gehabt, heute ist es Pflicht mehr als je. Wir richten jetzt schon den Appell an die Arbeiterschaft, lügnerische Gerüchte nicht zu glauben, sondern Klärung von uns herbeizuführen. Aber auch unsere Mitglieder müssen alles vermeiden, was den Arbeitern Anlaß zu Mißtrauen geben kann. Der Herr Reichskanzler hat im Reichstage auf die Gefahren hingewiesen, die die Bedrückung einem wehrlosen Volkes hervorruft. Mit ihm wollen wir alle und rufen dazu auf, den passiven Widerstand in seinen bisherigen Bahnen zu halten. Ich stelle unsere Verhandlungen unter den festen Willen des waffenlosen Widerstandes. Unsere gerechte Sache wird siegen, wenn wir geschlossen zusammenstehen. (Lebhafter Beifall.)

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns ergreift dann im Namen der Reichsregierung das Wort. Er führt aus: In ernstester Stunde sind wir versammelt, der Feind steht im Lande, nicht unter dem Namen des Krieges, aber mit seinen Schrecknissen und Gefahren, mit außerordentlich großen Verlusten.

Wir stehen an einer Schicksalswende für die deutsche Arbeit

in allen ihren Formen, für Volk und Reich. Der Kampf geht uns Ganze, aber der Kampf ist auch so eigenartig, daß ihn die Weltgeschichte nichts Aehnliches an die Seite stellen könne. Waffenlos stehen wir da, deutsche Männer, Frauen und Kinder der größten Kriegsmaschine der Welt gegenüber, waffenlos aber nicht wehrlos. Wir kämpfen mit geistigen, seelischen, sittlichen Waffen, vor allem mit dem unerschütterlichen Willen zum Leben als Volk und als Staat, mit dem felsenfesten Willen zur Freiheit, mit der Entschlossenheit der Pflichterfüllung auch bis zum Opfer des Lebens. Wir kämpfen mit dem Willen zum Leben als deutsches und freies Volk, mit der Treue zu uns selbst, des einzigen Zusammenschlusses des ganzen Volkes. Unser Volk steht waffenlos in größter Vereinsamung. Daß die Lage nicht hoffnungslos ist, hat der bisherige Erfolg bewiesen. Gerade diese sadistische Kampfesweise beweist mehr als alles andere Verlegenheit und Schwäche. Wie kämpfen sachlich mit der Treue gegen uns selbst, mit der Treue aller Volkskreise, aller Klassen und aller Stände. Das war das bisherige Geheimnis unserer Erfolge. Darin liegt auch einzig die Gewähr für den Erfolg der Zukunft. Als Führer der deutschen Industrie und der Arbeiterschaft sich einmütig dem Feind gegenüberstellen, war das Signal gegeben, das alle mit einem einheitlichen Geiste erfüllt, der heute noch fortwirkt. Da war das verbindende Menschliche, Volkliche — nicht völkische — zwischen den großen Gruppen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, das Einigende ausgelöst, das wir schon sonst nicht entbehren können. Das ist ja auch das Ziel Ihrer Sozialpolitik so wie aller Sozialpolitik, auch für die deutsche Reichsregierung. Es war unser Ziel vor dem Kriege und auch nach dem Kriege, wo wir neue Wege der Sozialpolitik eingeschlagen haben, als wir Arbeitgebergemeinschaften, neue Arbeitsverfassungen schufen, als wir zusammentraten öfter als es uns lieb war, um Lohnverhältnisse in gemeinsamer Verständigung zu ordnen. Mag man über diese Ordnung denken, wie man will, die Reichsregierung mußte den Mittelweg machen, um die Streitenden zusammenzuführen. Daß wir die Linie im Großen und Ganzen richtig gefunden haben, beweist der Gang der Dinge am Rhein und Ruhr. Ob das möglich gewesen wäre, wenn wir in der Sozialpolitik entgegengesetzte Wege gegangen wären?

(Fortsetzung siehe 2. Seite.)

Französische Fühler.

Man kann seit einiger Zeit in der französischen Presse die anscheinend ganz planmäßigen Versuche beobachten, Nachrichten über die Verhandlungsbereitschaft oder, besser und genauer, über die Verhandlungsneigung deutscher Persönlichkeiten zu lancieren. Diese Meldungen laufen nebenbei nicht nur durch die französischen Blätter. Gelegentlich wurden die Kuckuckseier auch schon da und dort in neutrale Nester gelegt. Sogar ein Wiener Blatt, freilich eines von nicht ganz klaren Hintergründen, mußte dieser Tage von derlei Fühlern zu erzählen. Hier in der Form, daß man von französischer Seite an den Abgeordneten Stresemann sich gewandt hätte, um von ihm die „deutschen Bedingungen" zu erfahren. Das wäre nun an sich immerhin ein Weg gewesen, eine Diskussion, wenn sie in Frankreich wirklich gewünscht würde, in Gang zu bringen. Tatsächlich ist dieser Weg aber gar nicht beschritten worden: niemand hat, wie wir feststellen dürfen, Herrn Stresemann bemüht, keinem hat er darum eine Auskunft geben können. Im allgemeinen ist der Zweck aller dieser Uebungen ja auch ungemein durchsichtig. Man wird in Frankreich des gefährlichen Abenteuers je länger je überdrüssiger. Man hatte diesen ingenieusen Ingenieursspaziergang an die Ruhr sich anders gedacht. Auf die Kraft solchen Widerstandes war man nicht gefaßt gewesen. Aus einer Aktion, die mühelos zu schnellem Siege führen sollte, wurde ein sehr kostspieliges und, trotz der inneren Schwäche und dem äußeren und äußerlichen „Wohlwollen" der Alliierten, auch politisch überaus peinliches Unternehmen. Man ist sichtlich verlegen, so verlegen, daß, im großen Durchschnitt, die Pariser Blätter nur noch nebenher von den Geschehnissen zwischen Ruhr und Rhein zu berichten lieben. So läßt man denn diese Entlein von den unentwegt nach Verhandlungsmöglichkeiten ausschauenden deutschen Politikern auflattern. Sie sollen sinkende Hoffnungen von neuem beleben, den mißmutig Gewordenen die frohe Botschaft künden, daß dies verhaßte und im Frieden bekriegte Deutschland nun wirklich aus dem letzten Loch zu pfeifen begann.

Es wäre bei der Buntscheckigkeit der deutschen Presse zuviel verlangt, daß sie den französischen Fühlern ihre Spalten grundsätzlich verschlösse. Umso mehr wird es Pflicht der nicht auf die Sensation gestellten, ihrer vaterländischen Verantwortlichkeit bewußten Organe, immer von neuem „auszusprechen, was ist". Nämlich, daß seit dem vorigen Dienstag, wo der Kanzler über diese Dinge im Reichstag sprach, Wesentliches sich nicht geändert hat. Das Ziel der deutschen Abwehr bleibt: wenn es zur Revision des Versailler Vertrages kommt, sich nicht eine solche nach französischen Wünschen, die mit dessen Verbesserung und Vereinigung gleichbedeutend wäre, aufzwingen zu lassen. Im übrigen aber über wirtschaftliche Forderungen mit den Gegnern nach den Maximen wirtschaftlicher Vernunft sich zu vergleichen. An einen „Jusqu'au boutismus" denkt in Deutschland kein ernsthafter Mensch, den die Vorsehung mit der Fähigkeit ausrüstete, Wollige und Wirklichkeit nüchtern abzuschätzen. In diesem Sinne ist die deutsche Regierung immer verhandlungsbereit gewesen und ist es noch. Nur daß eben zum Verhandeln und Paktieren zwei gehören und der andere Partner (man darf getrost sagen: leider) immer noch nicht sich finden will. In französischen Augen mag es ein Zugeständnis sein, daß Herr Poincaré eben jetzt zu Brüssel rein theoretisch und in Konditionalsätzen von der Räumung des neubesetzten Gebiets zu sprechen angefangen hat. Der Deutsche wird aus ihnen nur eine Umschreibung oder auch einen Auszug jener eigenartigen „Bedingungen" herauslesen, die vor ein paar Tagen Herr Millet der Oeffentlichkeit unterbreitet hat. Nach dieser Richtung scheinen in Wahrheit die französischen Pläne sich zu bewegen. Und die sind, sofern wir uns nicht selber aufgeben wollen, einfach unannehmbar. Wir können nicht in den „etappenweisen" Abmarsch aus dem Ruhr- und Rheingebiet willigen, der uns nach wie vor in der Hand der Feinde ließe. Nicht in die wucherische Forderung, daß die Räumungsfristen überhaupt noch nicht zu laufen begonnen hätten. Und die sogenannte Herausgabe des Saarlandes wäre kein Gewinn, wenn sie mit der Internationalisierung des ganzen Rheinlandes, d. h. mit seiner tatsächlichen Loslösung vom Reich verknüpft wäre. Solange man aus Frankreich uns nicht anderes zu bieten weiß, ist man dort noch nicht verhandlungsreif. Uns aber bleibt das harte, doch ernste Muß, trotz allen Herausforderungen, die vermutlich nun sich mehren werden, Selbstbeherrschung zu wahren und auszuharren im Widerstand. Es geht, ganz schlicht und unmißverständlich ausgedrückt, ums Ganze.

R. B.

Der französische Kriegsminister hat die Einberufung des 1. Kontingents der Rekruten des Jahrganges 1923 auf den 10. Mai angeordnet.

BOHEME
Uraufführung morgen
MARMORHAUS
INTERNATIONAL FILM A.-G.